Fernando Rosas (Hrsg.) Vom Ständestaat zur Demokratie

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Band 75

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

Vom Ständestaat zur Demokratie

Portugal im zwanzigsten Jahrhundert

Herausgegeben von

Fernando Rosas

unter Mitarbeit von Claudia Moisel

Aus dem Portugiesischen von Gerd Hammer

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

[Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe] Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. - München: Oldenbourg Früher Schriftenreihe Schriftenreihe zu: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bd. 75. Vom Ständestaat zur Demokratie. - 1997

Vom Ständestaat zur Demokratie: Portugal im zwanzigsten Jahrhundert / hrsg. von Fernando Rosas unter Mitarb. von Claudia Moisel. - München: Oldenbourg, 1997 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd. 75) ISBN 3-486-64575-7

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München Rosenheimer Str. 145, D-81671 München Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht) Satz: Falkner GmbH, Inning/A. Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe, Heimstetten

ISBN 3-486-64575-7 ISSN 0506-9408

Inhalt

Einführung	7
António Costa Pinto Der Zusammenbruch der portugiesischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit	13
Fernando Rosas Salazarismus oder die Kunst des Überdauerns	37
Manuel Braga da Cruz Der Estado Novo und die katholische Kirche	49
José Maria Brandão de Brito Die wirtschaftliche Entwicklung des Estado Novo	65
Valentim Alexandre Der Estado Novo und das Kolonialreich	75
António Reis Revolution und Demokratisierung	89
José Medeiros Ferreira Das Ende der afrikanischen Frage	107
Emanuel Leão Portugals wirtschaftliche Entwicklung in der Demokratie	123
Abkürzungen	131
Die Autoren	133
Personenregister	135

Der vorliegende Band versammelt, erstmals in deutscher Sprache, Untersuchungen portugiesischer Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Politologen zu verschiedenen Aspekten des Salazarismus und des Übergangs zur Demokratie in Portugal nach dem Staatsstreich der Militärs vom 25. April 1974. Für die portugiesischen Zeithistoriker ist diese Möglichkeit, sich an die Kollegen und das Publikum in Deutschland wenden zu können, von besonderer Bedeutung, wurden doch während der Diktatur von 1926 bis 1974 Studien über Portugals Geschichte im 20. Jahrhundert systematisch blockiert.

Im Gegensatz zu anderen faschistischen oder autoritären Systemen hat der Estado Novo, so wurde der portugiesische Staat seit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung von 1933 genannt, keine Hochschule für zeitgenössische portugiesische Geschichte gegründet, und auch alle eigenständigen Initiativen der Historiker innerhalb und außerhalb der Universitäten wurden unterdrückt. Der Estado Novo zog es vor, die Erforschung der Zeitgeschichte zu verhindern. Einige wissenschaftliche Studien zum 20. Jahrhundert in Portugal entstanden zwar schon in den fünfziger Jahren, konnten aber oft erst nach 1974 veröffentlicht werden. In den sechziger und siebziger Jahren setzten an ausländischen Universitäten, vor allem in England, Frankreich und Italien, Untersuchungen zum 19. und 20. Jahrhundert in Portugal ein. Ihre Verfasser waren portugiesische Studenten, die im Exil lebten oder im Ausland arbeiteten. Auch die meisten dieser Arbeiten konnten in Portugal erst nach dem 25. April 1974 publiziert werden. Davor erschienen lediglich im Widerstand einige Schriften, die als Vorläufer der Studien über die portugiesische Arbeiterbewegung bezeichnet werden können; sie wurden jedoch fast alle sofort von der politischen Polizei beschlagnahmt.

Erst mit dem Beginn der Demokratie konnte die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in die Lehrpläne der Universitäten aufgenommen werden, und die akademische Forschung setzte ein. Dennoch hatten es Studien über den Estado Novo schwer: Die ideologischen Vorurteile, die auf allen Gebieten fortbestanden, die anhaltende Politik der Abschottung oder des erschwerten Zugangs zu einigen der wichtigsten Archive (insbesondere zu den Archiven Salazars und der politischen Polizei) – all das behinderte einige Jahre lang die Geschichtsforschung und ihre Anerkennung als Wissenschaft. Den Wendepunkt brachte erst 1986 ein mit Unterstützung des damaligen Staatspräsidenten Mário Soares abgehaltenes internationales Kolloquium über den "Estado Novo – von den Anfängen bis zum Ende der Autarkie, 1926-1959". Im folgenden Jahrzehnt fand eine beachtliche Ausweitung der Forschung zu nahezu allen Aspekten des alten Regimes statt.

Die Auseinandersetzungen über den politischen Ursprung des Salazarismus, welche unter den emigrierten Intellektuellen bereits kurz vor dem Militärputsch von 1974 geführt wurden, ermöglichten die ersten komparativen Studien. Mochte ihnen mitunter die empirische Fundierung fehlen, so waren sie doch von unbestreitbarem theoretischen Wert; dies gilt insbesondere für die Arbeiten von Hermínio Martins¹ und Manuel Lucena².

Nach dem 25. April 1974 wandte sich die akademische Forschung der Frage nach den Anfängen des Regimes zu. Auch auf die Gefahr hin, zu stark zu vereinfachen, können hinsichtlich der vergleichenden Faschismusstudien der portugiesischen Historiker und Politologen prinzipiell zwei theoretische und analytischmethodische "Familien" unterschieden werden.

Die sogenannte taxonomische Schule ist besonders in bestimmten Bereichen der Soziologie und der Politikwissenschaft verbreitet, vor allem bei den in den USA ausgebildeten Wissenschaftlern. Sie suchten nach einer Definition des faschistischen Regimes auf der Basis einer bestimmten Taxonomie. Ihre Anhänger gehen von einer "typologischen Beschreibung des Faschismus" aus: von einer Reihe politischer und ideologischer Merkmale wie Stil und Organisation, um auf empirischer Grundlage den portugiesischen Faschismus zu beschreiben und von anderen Bewegungen abzugrenzen, die nicht der entwickelten typologischen Definition entsprechen. Diese gehören für Stanley Payne zur Gruppe des "autoritären Nationalismus" und werden als "radikal rechts", "rechtskonservativ", "autoritär, nichttotalitär" oder "autoritär, nicht-faschistisch" bezeichnet, um die Konfusion zu beenden, die gewöhnlich auf diesem Gebiet herrscht⁴.

An die Untersuchungen Paynes schließen die Arbeiten von António Costa Pinto an⁵; er ist jener portugiesische Historiker, der die vergleichenden Studien über den Estado Novo am stärksten vertieft hat. Für ihn charakterisiert das Fehlen einer politischen Krise in Portugal und einer faschistischen "Bewegung" oder Partei die Diktatur der dreißiger und vierziger Jahre, die deshalb auch nicht als faschistisch zu bezeichnen sei. Für Costa Pinto reiht sich der Estado Novo eher in die Tradition des autoritären Konservatismus ein. Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung kommt auch der politische Soziologe Manuel Braga da Cruz in seinem Werk über die Geschichte des Estado Novo; seine Unterscheidung zwischen totalitären und autoritären Regimen folgt Hannah Arendt⁶. Die Besonderheit des portugiesischen Einparteiensystems liegt für Braga da Cruz in der Abwesenheit einer faschistischen Ideologie und "Bewegung".

¹ Hermínio Martins, Portugal, in: O Fascismo na Europa, Lissabon 1978, S. 421-467.

² Manuel Lucena, A evolução do sistema corporativo Portugûes, Bd. 1: O Salazarismo, Lissabon 1976; ders., Notas para uma teoria dos regimes fascistas, in: Análise Social, 3. Serie, Nr. 125/126 (1994).

³ Stanley G. Payne, Fascism Comparison and Definition, Madison/WI 1980, S. 17.

⁴ Vgl. auch Manuel Braga da Cruz, Notas para uma caracterização política do salazarismo, in: Análise Social, Nr. 71ff. (1982), S. 777.

⁵ António Costa Pinto, O Salazarismo e o Fascismo Europeu, Lissabon 1992; ders./Os Camisas Azuis, Ideologia, elites e movimentos fascistas em Portugal, Lissabon 1994.

⁶ Manuel Braga da Cruz, O partido e o estado no salazarismo, Lissabon 1988.

Dagegen plädieren der Soziologe Manuel Lucena und andere dafür, den Salazarismus weiterhin als faschistisches Regime zu bezeichnen: Nicht die Übereinstimmung mit theoretischen Konzepten, sondern die historischen Tatsachen sind entscheidend. Wenngleich in Portugal keine faschistische Massenbewegung die Umgestaltung zu einem autoritären Regime herbeigeführt habe, lasse das Regime Salazars doch deutliche Übereinstimmungen mit dem italienischen Faschismus erkennen. Wie der Faschismus sei auch der Salazarismus auf Kompromisse mit den traditionellen Eliten in Wirtschaft, Militär und Kirche angewiesen gewesen.

Die Arbeiten von Historikern wie Fernando Rosas⁷ oder Arsénio Nunes⁸ gehen zwar von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen aus, sind aber dieser Richtung zuzurechnen. Beide Autoren stimmen darin überein, daß der *Estado Novo* ungeachtet seiner Besonderheiten als portugiesische Variante des Faschismus zu betrachten ist.

Das Wesen des Estado Novo wäre freilich kaum zu verstehen, ließe man die Persönlichkeit und den Werdegang Salazars außer acht. António de Oliveira Salazar wurde am 28. April 1889 in Vimeiro geboren, einem kleinen Dorf in der Nähe von Santa Comba Dão im Landesinneren Portugals. Der Sohn eines Verwalters reicher Landgüter begann seine Studien in einem Priesterseminar – nicht unüblich für begabtere Söhne aus der weniger begüterten ländlichen Schicht. Acht Jahre lang (1900-1908) besuchte Salazar das Seminar von Viseu, wo er sich als Publizist in den Reihen der konservativen Katholiken durchzusetzen begann. Anschließend war er dort Lehrer am Colégio da Via Sacra. Parallel dazu vertiefte er seine intellektuelle Bindung an die monarchistischen Denker und die französischen Konservativen, und für lokale Zeitungen schrieb er gegen die antiklerikale Politik der Ersten Republik. Im Sommer 1910 nahm der junge Lehrer ein Jurastudium an der Universität Coimbra auf; hier entfaltete sich der Politiker Salazar, der sich als Träger einer "rettenden Mission" für das Vaterland fühlte. 1914 beendete Salazar sein Studium, und schon 1916 wurde er Professor der Rechtswissenschaft; für seine Bewerbung hatte er einige Arbeiten zu aktuellen Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens eingereicht. 1918 wurde er mit einer Arbeit im Bereich der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Coimbra promoviert. Damit wuchs sein Ansehen innerhalb des Centro Católico, der mit der Kirche verbundenen Partei, für die er ab 1919 mehrmals kandidierte und 1921 für kurze Zeit ein Mandat wahrnahm, das infolge der Schließung des Parlaments endete. 1929 profilierte sich Salazar auf dem Kongreß des Centro Católico als führender Ideologe der portugiesischen Katholiken. Außerdem genoß er zunehmend die Aufmerksamkeit der verschiedenen konservativen Strömungen, die sich vom monarchistischen Restaurismus abgrenzten. In den folgenden Jahren entwickelte er seine Lehre vom Vorrang des

⁷ Fernando Rosas, Cinco pontos em torno do estudo comparado do Fascismo, in: Vertice, 2. Serie, Nr. 13 (1989), S. 21-29; ders., O Estado Novo (1926-1974). Bd. 7 der História de Portugal, hrsg. von José Mattoso, Lissabon 1994.

⁸ J. Arsénio Nunes, Fascismo e Estado Novo, in: Vertice, 2. Serie, Nr. 1 (1988), S. 61.

Haushaltsgleichgewichts, die Rechtfertigung des Korporativismus und des "starken Staats".

Nach dem Militärputsch vom 28. Mai 1926, durch den die liberale und parlamentarische Erste Republik stürzte, und inmitten der nach dem Umsturz herrschenden Konfusion, wurde er zum Finanzminister der Regierung des Kommandanten Mendes Cabeçadas berufen, der wenige Tage später weichen mußte. Als sich die Finanzkrise der Diktatur verschärfte, akzeptierte Salazar im April 1928 erneut das Amt des Finanzministers. Er setzte drakonische Maßnahmen durch, die ihm die völlige Kontrolle über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung verschafften. In diesen Jahren entstand der Begriff "Finanzdiktatur"; auf diesem Wege erreichte Salazar schnell eine überragende Stellung innerhalb der Regierung.

Der schon 1929 absehbare Erfolg seiner Politik des Finanzausgleichs und die Unterstützung, die ihm bei konservativen Militärs und Politikern dadurch zuteil wurde, brachten Salazar und seine Helfer ins Zentrum der postliberalen politischen Umgestaltung. Salazar gelang ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der portugiesischen Rechten – Katholiken, Monarchisten, liberalen Konservativen, Technokraten, Faschisten –, und am 5. Juli 1932 wurde er zum Regierungschef ernannt. Im März 1933 fand ein Referendum über den "Verfassungskompromiß" statt; die 1930 gegründete União Nacional wurde zur Einheitspartei des Estado Novo.

Während der dreißiger Jahre und insbesondere während des spanischen Bürgerkriegs wurde die endgültige Abkehr von der vorangegangenen Regierungsform
durchgesetzt. Eine deutliche faschistische Zuspitzung des Regimes wurde durch
die politische Polizei und paramilitärische Milizen ebenso vorangetrieben wie
durch "Nationale Propaganda", durch die Korporativierung der Gewerkschaften
und der wichtigsten Wirtschaftsaktivitäten, die Wiedergeburt des "Kolonialreichs" und das Bemühen um Autarkie. Letztere war nicht nur eine Wirtschaftsstrategie, sondern auch eine Maßnahme der Außen- und Innenpolitik, wie sie Salazar seit 1935 gefordert hatte: die Abwendung von Europa und die Hinwendung
zum Atlantik und zum "Kolonialreich" unter dem Schutz der Allianz mit Großbritannien.

Die sozioökonomischen und politischen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs führten zur ersten schweren Krise des Regimes. Streiks und die Offensive der antifaschistischen Opposition in der Nachkriegszeit, das Aufkommen einer kritischen Strömung und eines Bedürfnisses nach inneren Reformen kennzeichneten die Lage. Salazar gelang es jedoch, das militärisch-politische Gleichgewicht innerhalb des *Estado Novo* wiederherzustellen und zum Gegenangriff überzugehen; Ende der vierziger Jahre war die Opposition zum Schweigen gebracht.

Die Neutralitätspolitik während des Zweiten Weltkriegs war der Versuch, das Land aus dem Krieg herauszuhalten und das Überleben des Regimes zu sichern. Salazars Strategie erwies sich insofern als erfolgreich. Angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß die Rolle der Weltmacht Großbritannien in der Nachkriegszeit zu Ende ging, sah sich Salazar trotz starker ideologischer Vorbehalte nun gezwun-

gen, die Integration Portugals in die nordamerikanische Einflußzone zu akzeptieren: Der atlantisch-koloniale Bilateralismus der luso-britannischen Allianz wurde abgelöst von Portugals Integration in den Marshallplan und die Nato.

Die Zeit relativer internationaler Legitimation und Akzeptanz durch den Westen während des Kalten Krieges, die Portugal nach seinem Beitritt zur Nato 1949 erfuhr, währte nur kurz. Die unnachgiebige Härte, mit der der Salazarismus in den fünfziger und sechziger Jahren den Entkolonialisierungsbewegungen entgegentrat, führte schließlich zum Ausbruch der Kolonialkriege in den afrikanischen Gebieten unter portugiesischer Verwaltung: zuerst in Angola (1961), danach in Guinea (1963) und Mozambique (1964). "Orgulhosamente sös!" (Allein und stolz!) – dies war das Lebensmotto, das Salazar den Portugiesen in diesen Jahren verordnete.

Im August 1968, schon 79 Jahre alt und seit 36 Jahren Regierungschef, erlitt Salazar bei einem Sturz aus einem Liegestuhl ein Schädeltrauma. Der Unfall führte zu seiner Ersetzung als Präsident des Staatsrates durch Marcello Caetano am 17. September 1968.

*

Die Herausgabe dieses Sammelbandes geht auf eine Initiative des Goethe-Instituts Lissabon unter seinem seinerzeitigen Direktor Dr. Hans Winterberg zurück, der in den Jahren 1993-1995 Historiker aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und dem Instituto de História Contemporânea da Faculdade de Ciências Sociais e Humanas da Universidade de Lisboa wiederholt zusammenbrachte; dafür sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Fernando Rosas